

Johannes Rauch
Bundesminister

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrates
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2023-0.706.625

Wien, 17.11.2023

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich beantworte die an mich gerichtete schriftliche parlamentarische **Anfrage Nr. 16362/J des Abgeordneten Wurm betreffend Hat der grüne Konsumentenschutzminister Johannes Rauch Angst vor dem politischen Einfluss der Finanzwirtschaft?** wie folgt:

Frage 1:

- *Welche konkreten Vorkommnisse bzw. Erfahrungen mit Lobbyisten bzw. Vertretern der Banken- und Versicherungswirtschaft (Finanzwirtschaft) im Zusammenhang mit der Zinspolitik lassen in Ihnen als zuständigem Konsumentenschutzminister mutmaßlich Verstörung und Angst im Zusammenhang mit der weiteren Ausübung Ihres Amtes bis zum Ende der Legislaturperiode 2024 aufkommen?*

Keine.

Frage 2:

- *Sehen Sie sich als Konsumentenschutzminister aktuell und für die Zukunft, d.h. bis zum Ende der Legislaturperiode 2024 überhaupt unter diesen Umständen noch in der Lage, im Angesicht dieser konkreten Vorkommnisse bzw. Erfahrungen mit Lobbyisten*

bzw. Vertretern der Banken- und Versicherungswirtschaft (Finanzwirtschaft) im Zusammenhang mit der Zinspolitik Ihr Amt aktiv, d.h. im Sinne der Konsumenten und Bankkunden ausüben zu können?

Ja.

Frage 3:

- Zu welchem Zeitpunkt (zu welchen Zeitpunkten) hatten Sie 2022 und 2023 jeweils Kontakt mit Lobbyisten¹ bzw. Vertretern der Sparte Banken und Versicherungen und konkret mit welchen Personen, in der Wirtschaftskammer Österreich² in Zusammenhang mit der Zinspolitik?*

In den Jahren 2022 und 2023 hatte ich zahlreiche Kontakte mit Interessensvertreter:innen, darunter selbstverständlich auch mit Vertreter:innen der Banken und der Versicherungswirtschaft. Dabei ging es um jeweils aktuelle konsument:innenpolitische Anliegen, zu den auch die aktuelle Zinsproblematik gehört.

Fragen 4 bis 7:

- Ging es bei diesen Kontakten bzw. konkreten Vorkommnisse bzw. Erfahrungen mit Lobbyisten bzw. Vertretern der Banken- und Versicherungswirtschaft (Finanzwirtschaft) im Zusammenhang mit der Zinspolitik mit Ihnen als Konsumentenschutzminister um mutmaßliche politische „Nötigung“ bzw. „Erpressbarkeit“ betreffend Ihres Weiterverbleibs als Ressortminister bis zur Nationalratswahl 2024?*
- Würden Sie dieser mutmaßlichen politischen „Nötigung“ bzw. „Erpressung“ im Zusammenhang mit der Zinspolitik durch Lobbyisten bzw. Vertretern der Banken- und Versicherungswirtschaft (Finanzwirtschaft) auch einen strafrechtlichen Aspekt, d.h. den Versuch, den Beitrag, die Bestimmung mit einschlägigen strafbaren Handlungen wie Nötigung (§ 105 StGB) bzw. Erpressung (§ 144 StGB) sehen?*
 - a. Wenn ja, warum, und wie haben Sie darauf reagiert bzw. werden Sie darauf reagieren?*
 - b. Wenn nein, warum reagieren Sie darauf nicht?*

- *Haben Sie andere Regierungsmitglieder, wie den Herrn Bundeskanzler Karl Nehammer, den Herrn Vizekanzler Werner Kogler bzw. die Frau Justizministerin Alma Zadic über diese mutmaßliche politische „Nötigung“ bzw. „Erpressung“ betreffend Ihres Weiterverbleibs als Ressortminister bis zur Nationalratswahl 2024 im Zusammenhang mit der Zinspolitik durch Lobbyisten bzw. Vertretern der Banken- und Versicherungswirtschaft (Finanzwirtschaft) informiert?*
- *Haben Sie die Bereichssprecher der ÖVP und Grünen, Mag. Peter Weidinger bzw. Mag. Ulrike Fischer im Vorfeld des Termins vom 19. September 2023 im Alfred-Dallinger-Saal im 1. Stock des Regierungsgebäudes am Wiener Stubenring über eine mutmaßliche politischen „Nötigung“ bzw. „Erpressung“ im Zusammenhang mit der Zinspolitik durch Lobbyisten bzw. Vertretern der Banken- und Versicherungswirtschaft (Finanzwirtschaft) informiert?*

Als Konsument:innenschutzminister werde ich, wie schon bisher, die Interessen der österreichischen Konsument:innen auch weiterhin bestmöglich vertreten. Dabei verläuft der Austausch mit Vertreter:innen der Banken und der Versicherungswirtschaft auch bei deutlichen Meinungsverschiedenheiten immer korrekt.

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Rauch